

Visionen für Europa

Podiumsdiskussion 23.02.2003

zusammengefaßt von Annette Hulan

Bei der Podiumsdiskussion am Sonntag, den 23.02.2003, ging es um Visionen für Europa. Die fünf ReferentInnen aus verschiedenen Institutionen der Forschung und der Zivilgesellschaft sollten über ihre Ideen sprechen und die Richtungen, in die sich ein frauenfreundlicheres Europa entwickeln kann, und welche Aktivitäten dafür notwendig sind. Die ReferentInnen waren *Marina Grasse*, Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk (OWEN), Projektkoordinatorin des Projektes „Frauengedächtnis“ (Berlin), *Linda Fisher*, Leiterin der Gender Studies an der Central European University Budapest, *Denise Fuchs*, Vizepräsidentin der Europäischen Frauenlobby (Brüssel), *Agnieszka Grzybek*, Geschäftsführerin des Fraueninformationszentrums OŚKa (Warschau) und *Petr Pavlik*, Leiter des Gender Studies Institute (Prag).

Marina Grasse berichtet von dem Projekt „Frauengedächtnis“. Ausgehend von der Überzeugung, daß Zukunft Erinnerung braucht, suchen die Mitarbeiterinnen des Projektes nach Identitäten von Frauen in Europa nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime. Nach Systembrüchen wird die Geschichte oft umgedeutet, was ein Machtinstrument ist, das meist von Männern gebraucht wird. Aber häufig entspricht der Deutungsversuch der Geschichte nicht den eigenen Erfahrungen und Erinnerungen von Frauen. Weil die Sichtweise der Frauen oft fehlt, soll die biographische Vergangenheit aufgearbeitet und reflektiert werden. Zu diesem Zweck interviewt das internationale Projekt „Frauengedächtnis“ viele Frauen unterschiedlicher Generationen, Milieus, sozialer Schichten, kultureller und ethnischer Identität. Bisher wurden etwa 500 Interviews geführt mit Frauen aus den Jahrgängen 1920 bis 1960, also aus drei Generationen. Sie stammen aus der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Kroatien, Ostdeutschland, Jugoslawien und einige Wenige aus der Ukraine. Der feministische Ansatz, der Frauen als die Subjekte und Akteurinnen ihres Lebens sieht, läßt sie hier Subjekt und Akteurin der eigenen Erinnerung und Lebenszählung sein. Die Art der Interviews und Befragung ist eine Herausforderung sowohl für die Interviewerinnen als auch für die beteiligten Frauen. Die Aufgabe ist es, Mut

zu machen und einen sicheren Raum zu bieten für den eigenen Weg und Leitfaden durch das Leben. Die Ergebnisse dieser Befragungen, so Grasse, sind oft höchst erstaunlich und entsprechen in keiner Weise unseren Vorstellungen von dem Leben unserer Mütter und Großmütter und sind eine Provokation für unsere Vorstellung vom Leben. Die Ergebnisse werden archiviert und zur politischen Bildung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es ist geplant, auch die Erfahrungen von Frauen, die den Sozialismus nicht erlebt haben, mit einzubeziehen, nämlich aus Spanien und Schweden, um somit ein noch vollständigeres Bild der Identitäten in Europa zu haben. Man muß den Respekt lernen vor der Verschiedenheit und Achtung vor der Stärke der Frauen mit diesen so unterschiedlichen Biographien. Es ist beeindruckend mit wieviel Energie und Kraft und Kreativität die Frauen ihre Verantwortung und ihre für uns oft unverständlich erscheinende Rolle erfüllen und ihren eigenen Weg gehen. Diese Frauen dürfen von uns nicht in Schubladen eingeordnet werden, indem man zum Beispiel von einem Versagen im Nationalsozialismus spricht. Denn es ist nicht immer leicht, angemessen zu handeln oder sich gegebenenfalls zu verweigern. Zivilcourage ist mitunter sehr schwer. Als Vision für Europa sieht Grasse ein anderes Europa, welches Diversität anerkennt. Die Bildung soll nicht nur Wissen, sondern auch Bewußtseinsbildung umfassen, die soziale Bewegung soll von unten kommen und weitere Bündnisse müssen geschlossen werden. Gerade die Frauenbündnisse sollen sich nicht in eine Nische zurückziehen, sondern auch in anderen Bewegungen wie der Friedensbewegung oder bei Attac aktiv werden.

Linda Fisher betrachtet die europäische Identität und die Diskurse darüber und vertritt die These, daß es verschiedene Arten gibt, wie man Identität wahrnimmt. In der Debatte um die europäische Identität werden oft wirtschaftliche und rechtliche Definitionen angeführt, und es werden „Marker“ benannt, die die Identität meßbar machen sollen. Diese Marker beziehen sich auf Rechte, Menschenrechte, auf Europäisierung und auf die wirtschaftliche Gleichheit. Die europäische Identität muß aber auch als soziale und politische Identität gedacht werden, weil sogar in einer rein wirtschaftlichen Kooperation die einfachen Identitätskonzepte zu kurz greifen. Europäische Identität muß in der komplexen Dimension der Unterschiede und Diversitäten gedacht werden. Häufig wird von einer Wertegemeinschaft gesprochen, aber gemeinsame,

gleiche Werte sind schwerlich zu finden. Aber selbst wenn es so wäre, reichte dies nicht für eine gemeinsame europäische Identität aus. Denn zur Identität gehören auch die Sprache, die Religion, der soziale und kulturelle Hintergrund. Wenn von einer gemeinsamen europäischen Identität gesprochen wird, scheint dies zu suggerieren, daß es keine Hierarchien gibt. Aber das Konzept der europäischen Identität impliziert bereits Hierarchien. Die osteuropäischen Länder haben eine andere Identität als die westeuropäischen Länder. Die Tschechische Republik hat aufgrund ihrer vielfältigen Kooperationen und Austauschverhältnisse eine Grenzidentität, aber auf östliche Länder wie Bulgarien paßt die europäische Identität überhaupt nicht, auch nicht im Bereich von gender oder Familie. Es muß genau unterschieden werden, was gemeint ist mit den Begriffen EU, Europa, Europäer, europäisch und Europäisierung. Das, was es bedeutet, „europäisch“ zu sein, unterliegt ontologisch gesprochen einem Transformationsprozeß. Europa kann nur eine Einheit in der Vielfalt bedeuten und muß viele Identitäten in sich vereinen. Der freie und kritische und vom Staat unabhängige öffentliche Diskurs kann diese Vielfalt am besten zum Ausdruck bringen.

Denise Fuchs referiert über die Lobby-Arbeit der Frauen aus Ost und West unter der Koordination der Europäischen Frauenlobby. Die Frauen-Nichtregierungsorganisationen müssen nicht nur eine neue institutionelle Architektur errichten, sondern auch ein politisches Projekt für Europa definieren. Diese Konzeption von politischen Projekten ist ein bedeutender Faktor bei der Gestaltung des neuen Europa. Die Europäische Frauenlobby mobilisiert Nichtregierungsorganisationen für kollektive Aktionen zu Gleichberechtigung, übt Druck auf die politischen Entscheidungsträger aus und arbeitet eng mit dem Frauenausschuß des Europäischen Parlamentes zusammen. Die Lobby verbreitet Informationen, übt beratende Funktionen aus und ist in der Europäischen Union als Akteur im zivilen Dialog anerkannt. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen auf den Menschenrechten von Frauen, einem Beobachtungszentrum für Gewalt gegen Frauen und einem Zentrum für die EU-Erweiterung, welches Kontakte zwischen Organisationen aus Ost und West herstellt. Ziel ist es auch, mit gemeinsamen Aktionen die Grenzen zu überwinden. Drei Aktionsfelder der Frauenlobby seien hier beispielhaft genannt.

1. Der Dialog in der Zivilgesellschaft dient der Stärkung der Demokratie. Der Dialog darf sich nicht nur auf die Gewerkschaften und Parteien beschränken, sondern muß auch die Nichtregierungsorganisationen umfassen, weil diese näher an den wirklichen Bedürfnissen der BürgerInnen sind, weil sie Werte vertreten und weil durch sie die Transparenz der politischen Entscheidungen und der Umsetzung der Politik gewährleistet wird. Die Frauenorganisationen müssen einen neuen, partnerschaftlichen Gendervertrag einfordern, der die patriarchalischen Dominanzmechanismen auflöst. Im Rahmen der Weltfrauenkonferenz in Peking haben sich viele Regierungen gegen die Kontrolle des Körpers der Frau durch Gewalt, Zwangsprostitution oder Frauenhandel sowie gegen die Kontrolle der Frauen durch religiösen Fundamentalismus ausgesprochen. Es bleibt Aufgabe der Nichtregierungsorganisationen, die Umsetzungsergebnisse zu überprüfen.

2. Die Aktivitäten im Verfassungskonvent der Europäischen Union werden ständig von der Europäischen Frauenlobby beobachtet. Es ist notwendig, die Rechtsgrundlagen für Gleichberechtigung in der Verfassung herzustellen. Die Gleichberechtigung muß in den Wertekatalog und die Ziele aufgenommen werden und wegen der Kohärenz und Sichtbarkeit in einem eigenen Titel zusammengefaßt werden.

3. Mit ihren Aktionen gegen einen Krieg und für die Demilitarisierung des Planeten können Frauen eine neue Philosophie begründen, die dazu beiträgt, in dem angeblich getrennten Europa einen Raum zu schaffen, der weniger geteilt und weniger aggressiv ist.

Zusammenfassend, so Fuchs, brauchen wir ein politisches Konzept für ein soziales Europa, welches den Ausgleich zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Dimension schafft und Gleichberechtigung als Teil dieser Dimension anerkennt. Zweitens brauchen wir eine gestärkte Demokratie, den Dialog der Zivilgesellschaft und eine Einbindung der BürgerInnen durch zum Beispiel viele Referenden. Drittens brauchen wir einen Rechtsraum, der Menschenrechte, Toleranz, Sicherheit und Frieden gewährleistet. Europa ist Dialog. Die Nichtregierungsorganisationen müssen ihre Stimme erheben für Visionen, Prioritäten und Strategien für einen neuen Gendervertrag und ein neues Europa. Insbesondere die junge Generation von Frauen muß sich jetzt dieser Herausforderung stellen.

Agnieszka Grzybek berichtet von der Entwicklung der Gleichberechtigungspolitik in Polen und von einer Vision für ein geeintes Europa. Seit Mitte der 90er Jahre haben polnische Nichtregierungsorganisationen viel für die Gleichberechtigung gekämpft und einiges erreicht. Nur langsam hat sich der öffentliche Diskurs dahingehend entwickelt, daß die Gleichberechtigungspolitik institutionalisiert wird. Bis September 2001 opponierte die konservative Regierung gegen Erneuerungen. Die Frauenorganisationen, die für Gleichberechtigung kämpften, führten dagegen den EU-Beitritt als Argument und Druckmittel an, der die Umsetzung der EU-Gleichstellungsrichtlinien erfordert. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat dann sogar die rechte Presse zugegeben, daß es Diskriminierungen gibt. Die positive Bedeutung des EU-Beitritts für polnische Frauen ist auch in Frauenorganisationen mitunter erst sehr spät erkannt worden. Allerdings beschränkt sich die EU-Gleichberechtigungspolitik in weiten Teilen fast ausschließlich auf den Arbeitsmarkt und ignoriert viele andere Lebensbereiche von Frauen. Im polnischen Arbeitsgesetz wurden bereits viele EU-Richtlinien umgesetzt, aber viele Schutzbereiche für Frauen sind noch nicht hinreichend institutionalisiert, wie zum Beispiel Schutz vor Gewalt, Schutz der reproduktiven und sexuellen Rechte. Entgegen ihrem Wahlversprechen hat auch die in 2001 neu gewählte linke Regierung an der sehr restriktiven Abtreibungsgesetzgebung festgehalten. Die polnischen Feministinnen haben diesbezüglich im März 2002 im europäischen Parlament vorgeschrieben, aber es scheint, daß einige Grundwerte nicht angetastet werden können bis Polen der Europäischen Union beigetreten ist. Obwohl sich weite Teile der Bevölkerung für ein liberaleres Abtreibungsgesetz aussprechen, bleibt der Einfluß der katholischen Kirche sehr stark. Es ist Aufgabe der Frauenorganisationen, Visionen für ein neues Europa zu entwickeln, die ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft ermöglichen. Die alten Werte aus Religion, Kultur, Tradition und Moral sollten nicht dazu verwandt werden, die individuellen Rechte von Frauen einzuschränken. Die Rechte europäischer BürgerInnen müssen ohne Diskriminierung für alle Männer und Frauen gelten. Es darf keinen religiösen Fundamentalismus in Europa geben, keinen Sexismus, Rassismus und Nationalismus, sondern Europa muß sich auf Menschenrechte und Toleranz gründen. Die Frauenorganisationen aus Westeuropa dürfen nicht einfach über die Köpfe der osteuropäischen Frauen hinwegreden. Nur eine Zusammenarbeit

kann für beide Seiten zufriedenstellende Ergebnisse bringen. Der Dialog in Europa muß unterstützt werden, so zum Beispiel durch eine Umverteilung von 1 % der Steuern an die Nichtregierungsorganisationen. Aber auch der Kontakt zwischen den Frauenorganisationen und Geschäftsfrauen kann weitere Fortschritte erzielen. Nur im zivilgesellschaftlichen Dialog kann ein gemeinsames Europa entstehen.

Petr Pavlik betont die Wichtigkeit von Nichtregierungsorganisationen für die Implementierung der Gleichberechtigungspolitik in der Tschechischen Republik und für die Demokratie in den Beitrittsstaaten und in der Europäischen Union allgemein. Seit 1989 hat sich die Situation der Frauen in der Tschechischen Republik im Vergleich zu den Männern verschlechtert und nur durch den Einsatz der Nichtregierungsorganisationen können solche Mißstände aufgezeigt und verbessert werden. Die Kritik der Organisationen kann sehr konstruktiv sein und die Demokratie stärken, daher muß die Europäische Union auch die eigenen Kritiker mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatten. Insbesondere in der Übergangsphase nach dem EU-Beitritt dürfen die Unterstützungen nicht abrupt versiegen, weil die Entwicklungen in der Gesellschaft noch länger brauchen und die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen wichtig bleibt. Gerade die Gelder der Europäischen Union sind wichtig, um die Organisationen in Osteuropa am Leben zu erhalten, da die osteuropäischen Regierungen nur „genehme“ Organisationen unterstützen und die Organisationen zumeist aus eigenen Mitteln keinen Bestand haben. Für die Umsetzung des Prinzips Gender Mainstreaming gibt es in der Europäischen Union zwar Gelder, aber die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehört keineswegs zu den Schlüsselprinzipien der Union. Die Aufgabe der Kandidatenstaaten, die Gleichberechtigungsrichtlinien der Europäischen Union umzusetzen, bleiben sehr theoretisch und es ist ein weiter Weg bis zu der tatsächlichen Implementierung in der Gesellschaft. Es ist sehr wichtig, nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer in Gleichberechtigung zu schulen, damit mittelfristige Erfolge erzielt werden. Nach Pavlik sollte es nicht nur *eine* Vision von Europa geben, sondern viele Ideen, die in einer erweiterten Europäischen Union zugelassen werden. Es müssen institutionelle Arrangements für den sozialen Dialog geschaffen werden. Die europäische Identität kann nicht eine einzige sein. Die nationale Identität bleibt an jeder Bürgerin / jedem Bürger haften, und in Osteuropa wer-

Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer
Sicht

"Overcoming Boundaries: The Process of EU-Enlargement and Visions of
Europe from a Gender Political Perspective"

Dokumentation der Konferenz / Documentation of the conference (21. - 23. Februar 2003)

den andere Diskurse geführt als im Westen. Die Erweiterung muß ein Dialog sein,
der Ost und West, Männer und Frauen mit einbezieht.